



Brief aus Berlin

Ausgabe 11|2014



Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

„Es ist 5 vor 12 – aber noch nicht zu spät“

Wichtige Weichenstellung im internationalen Klimaschutz



Liebe Leserinnen und Leser,

Kanzlerin Angela Merkel hat diese Woche im Vorfeld des Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs eine Regierungserklärung abgegeben. Im Mittelpunkt stand dabei die europäische und internationale Klimapolitik. Die Kanzlerin warb dafür, dass sich die EU auf ambitionierte Klimaziele einigt, dann kann Europa auf internationaler Ebene mit Rückenwind verhandeln. Als Klimapolitikerin kann ich unsere Kanzlerin voll unterstützen, denn der Klimawandel ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Bei uns können in den letzten Jahren vermehrt extreme Wetterlagen wie Starkregen mit Überschwemmungen oder starke Hitzeperioden im Sommer beobachtet werden.

Bei der anstehenden Weltklimakonferenz im Dezember 2015 in Paris muss es gelingen, dass sich die Staaten der Welt auf ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls mit verbindlichen Klimazielen einigen. Nur mit einem solchen Abkommen besteht die Chance, dass wir die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius – gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung – eindämmen und somit das „Zwei-Grad-Ziel“ einhalten. Eine wichtige Etappe im Kampf gegen den Klimawandel steht Ende Oktober mit dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel an. Es ist wichtig, dass sich die europäischen Staaten auf ambitio-

nierte und realistische Klimaziele zur CO₂-Einsparung, Anteil der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz einigen, so dass Europa gestärkt zur Klimakonferenz nach Paris fahren und die Staaten der Welt mitreisen kann.

Es ist sprichwörtlich fünf vor zwölf, aber es ist noch nicht zu spät. Klimaforschern zu Folge können wir mit sofortigem konkreten Handeln den Klimawandel eindämmen. Schauen wir tatenlos zu, so übersteigen die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels die Kosten von sofortigen Gegenmaßnahmen bei weitem. Also lassen wir keine Zeit verstreichen und packen wir es an.

Der Klimaschutz war auch in der vergangenen Woche ein Thema der Plenardebatte im Bundestag, bei der ich für die CDU/CSU-Fraktion sprechen durfte. Ein nach wie vor sehr großes CO₂-Einsparpotenzial liegt im Gebäudebereich. Die Deutsche Energieagentur hat berechnet, dass wir mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Gebäudesanierungsmaßnahmen allein in Privathaushalten einen großen Schritt zur Erreichung der Klimaziele in Deutschland machen. Wir setzen uns dafür ein, dass wir in Deutschland das Thema steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen bei der Gebäudesanierung führen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit den Bundesländern parteiübergreifend an einem Strang ziehen, damit die steuerliche Absetzbarkeit kommt. Denn das muss unser Weg sein: Wirkungsvolle steuerliche Anreize statt ordnungsrechtlichem Klein-Klein.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Kommunalen Klimaschutz vorantreiben
- TTIP: Chancen sehen, Risiken minimieren
- AKU fordert Bündnis mit der Südhalbkugel
- Ortstermin am Brönnhof zum Nationalen Naturerbe
- Startschuss für die Aktion „Gesunde Brotdose“

Kommunalen Klimaschutz vorantreiben

Neue „Kommunalrichtlinie“ unterstützt Kommunen bei Klimaschutzaktivitäten

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise spielen für den Klimaschutz eine besonders wichtige Rolle. Mit der „Kommunalrichtlinie“ wurde in den vergangenen Jahren ein erfolgreiches Förderinstrument geschaffen, mit dem seit 2008 in mehr als 3.000 Kommunen mehr als 6.000 Maßnahmen umgesetzt wurden – von Klimaschutzkonzepten über den Ersatz ineffizienter Straßenbeleuchtung bis hin zur Einstellung von Klimaschutzmanagern. Dadurch konnte ein spürbarer Beitrag zur Treibhausgasemissionen und zum Energiesparen geleistet werden. Daher ist der kommunale Klimaschutz auch weiterhin einer der Schwerpunkte des Bundesumweltministeriums im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Diese trägt seit 2008 zum Erreichen der Klimaziele der Bundesregierung und zum Gelingen der Energiewende bei.

Vor einigen Tagen wurde die novellierte Kommunalrichtlinie veröffentlicht. Ab dem 1. Januar 2015 können Kommunen erneut Förderanträge stellen. Die Richtlinie soll den Kommunen in ihrer überarbeiteten Form noch bessere Unterstützung bei Klimaschutzaktivitäten bieten. Auch für kleine Kommunen lohnt sich eine Teilnahme, denn sie können ge-

meinsam mit Nachbargemeinden einen Antrag stellen. Weitergehende Informationen zur Kommunalrichtlinie gibt es auf der Internetseite des „Service Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ unter der Webadresse www.klimaschutz.de/kommunen. Dort finden Sie umfangreiche Informationen zum Programm und Hinweise zum umfassenden Beratungsservice des Kompetenzzentrums.



Chancen sehen, Risiken minimieren

Debatte zum Freihandelsabkommen TTIP und CETA im Bundestag

Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, die sogenannte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen der nächsten Jahre – und eine der kontroversesten. Dies konnte man bei der Bundestagsdebatte über soziale, ökologische, ökonomische und politische Effekte des TTIP erleben. Auch in allen gesellschaftlichen Bereichen wird über das Abkommen diskutiert.

Für die Unionsfraktion ist klar: Das Abkommen ist für Deutschland und Europa von großer Bedeutung. Unser Wohlstand beruht auf Wettbewerb und freiem Handel, nicht auf Abschottung und Protektionismus. TTIP eröffnet für kleine und große Unternehmen einen neuen Markt

und damit Chancen auf neue Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Das gilt besonders für unsere exportorientierte Wirtschaft in Bayern und Deutschland. Das TTIP bietet auch die Möglichkeit, bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien künftig weltweit die Standards zu setzen und damit die Globalisierung aktiv zu gestalten. Diese Chance nicht zu ergreifen, wäre ein entscheidender und großer Fehler.

Es ist wichtig, diese Chancen zu nutzen, aber gleichzeitig müssen die Risiken minimiert werden. Nur so schaffen wir eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Einer der entscheidenden Faktoren ist, die Verhandlungen so transparent wie möglich zu gestalten. Die Veröffentlichung des Verhandlungsmandats vor einigen Tagen ist daher ein starkes Signal. Daneben müssen unsere hohen europäischen Schutzstandards im Umwelt- und Verbraucherschutz erhalten bleiben. Das Mandat sieht vor, dass bestehende Standards auf beiden Seiten des Atlantiks nicht angeglichen und harmonisiert werden. Vielmehr soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit und effizientere Prozesse, der Warenaustausch erleichtert werden. Beispielsweise sollen künftig keine doppelten Prüfverfahren bei der Zulassung von Medizinprodukten mehr notwendig sein. So können dies- und jenseits des Atlantiks neue hohe Standards entstehen, die die Verbraucher und die Umwelt noch besser schützen.



AKU-Landesversammlung fordert Bündnis mit der Südhalbkugel

Als stellvertretende Landesvorsitzende nahm Dr. Anja Weisgerber an der Landesversammlung des Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) teil, bei der unter anderem der Leitantrag „Ein Bündnis mit der Südhalbkugel“ beraten wurde. Darin wird ein Konzept eingefordert, das die Fluchtursachen mildert und den Menschen aus weiten Teilen Afrikas und Asiens Zukunftsperspektiven in ihrer Heimat gibt. In diesem Zusammenhang sprach der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, Manfred Weber, die Notwendigkeit eines eigenen EU-Flüchtlingskommissars an.



Rechtspolitisches Gespräch mit Minister Prof. Bausback

Zu einer Rechtspolitischen Gesprächsrunde hat Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback Abgeordnete aus Landtag und Bundestag eingeladen. Im Vorfeld konnten sich die Teilnehmer ein Bild vom modereren Strafvollzug in der 2009 neu errichteten Justizvollzugsanstalt für Frauen in München-Stadelheim machen. Anschließend wurden im Münchener Justizministerium aktuelle Gesetzesvorhaben zur Mietpreisbremse, Sterbehilfe und Kinderpornografie diskutiert. Bei all diesen Themen setzt die CSU eigene Akzente.



Ortstermin am Brönnhof zum Nationalen Naturerbe

„Mir ist es wichtig, alle vor Ort mit einzubeziehen“, betonte Dr. Anja Weisgerber bei einem Ortstermin mit Bürgermeistern, Gemeinderäten und Behördenvertretern auf dem ehemalige Truppenübungsplatz Brönnhof. Der Bund beabsichtigt das etwa 770 Hektar große Kerngebiet in das Nationale Naturerbe zu überführen.

Einen Nationalpark werde es sicher nicht geben, meinte Godfried Schwartz vom Bundesforstbetrieb. Auch Wildmanagement zum Schutz der Naturverjüngung ist vorgesehen. Sanfter Tourismus auf ausgeschilderten Wegen soll in diesem Stück unberührter Natur ebenfalls möglich sein.



Politische Kirchweih mit Hans-Peter Friedrich

Bei der Politischen Kirchweih des CSU-Ortsverbandes Obervolkach war der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Hans-Peter Friedrich, als Festredner zu Gast. In seiner Ansprache ging der ehemalige Bundesminister auf die Themen Asylpolitik, Bundeswehr und Europa ein. Die anschließende Diskussion mit Dr. Otto Hünnerkopf MdL und Dr. Anja Weisgerber MdB drehte sich um Fragen der Energiewende und des Bürokratieabbaus. Organisiert wurde die Veranstaltung von Volkachs 2. Bürgermeisterin und CSU-Ortsvorsitzenden Gerlinde Martin.



Startschuss für die Aktion „Gesunde Brotdose“

Auftaktveranstaltung für Ernährung und Bewegung im Kindergarten Schwebheim

Vollkornbrot statt Breze, Banane statt Schokoriegel, Quark statt Nougatcreme? Leicht gesagt, aber nicht leicht umgesetzt. Diese Erfahrung kennen sicher viele Eltern. Um Kindergartenkindern und deren Eltern Frühstücksalternativen für die Brotdose aufzuzeigen, startete das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Aktion „Meine gesunde Brotdose“. Der Startschuss dazu fand im Schlosskindergarten Schwebheim statt, zusammen mit der stellvertretenden Landrätin Christine Bender.

Anja Weisgerber, selbst Mutter von zwei Kindern, unterstützt das Projekt aus Überzeugung: Ziel des Programmes ist es, die Alltagskompetenz der jungen Familien im Bereich Ernährung und Bewegung zu stärken und zu fördern.

Der Schwebheimer Schlosskindergarten ist der erste von fünf weiteren Kindergärten im Landkreis Schweinfurt, bei denen dieses Programm im Jahr 2014 anläuft.

Neben der Frühstückswoche, in der sich die Kinder ihre Brotzeitbox füllen durften, steht auch ein gemeinsamer Eltern-Kind-Kochkurs auf dem Programm. Saisonale, regionale und preiswerte Familiengerichte werden gekocht. Um den Sinn und Unsinn von Kinderlebensmitteln geht es bei einer Vor-Ort-Erkundung im örtlichen Supermarkt. Anschließend bekommen Eltern und Kinder auf dem Bauernhof Einblick in die Herstellung und Verarbeitung der Lebensmittel. Eine Wanderung mit einem gesunden Picknick und eine Fitness-Olympiade stehen zum Abschluss an.



60 Jahre Kindergeld

Eine familienpolitische Erfolgsgeschichte feiert Geburtstag

Fast genau vor 60 Jahren, am 14. Oktober 1954, hat der Deutsche Bundestag, auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion, das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen beschlossen, während Entwürfe von SPD und FDP verworfen wurden. Familien erhielten so für das dritte und jedes weitere Kind monatlich 25 D-Mark. Von 1961 an bekamen Familien auch für das zweite Kind eine Leistung, seit 1975 wird Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt. Die bedeutendste Erhöhung des Kindergelds wurde im Jahr 1996 im Zusam-

menhang mit der Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossen: Der Betrag für das erste Kind wurde von 70 auf 200 D-Mark angehoben, für das zweite von 130 auf 200 DM und für das dritte von 220 auf 300 D-Mark. Die jährlichen Ausgaben für das Kindergeld lagen vor 1996 bei umgerechnet etwa 9 Milliarden Euro für insgesamt 14 Millionen Kinder und stiegen im Zuge der Reform auf rund 20 Milliarden Euro an. Im Jahr 2012 wurden rund 34 Milliarden Euro für insgesamt 14,5 Millionen Kinder gezahlt.

Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

www.anja-weisgerber.de